

Botschaft Wilsons über den Frieden.

Friedenschluß im Frühjahr.

Washington, 2. Dezember. In der gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärte Präsident Wilson in einer Botschaft, er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde. Er trat für das neue, auf drei Jahre berechnete Flottenprogramm ein, da er es für einen unverständigen Versuch halte, das Flottenprogramm einer künftigen Weltpolitik anzupassen, die noch ganz unbestimmt sei. Er betrachte es als seine oberste Pflicht, vollen Anteil an der Friedenskonferenz zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert haben.

Bei Besprechung der innerpolitischen Probleme erklärte der Präsident, er sei bereit, auf die Verwahrung der Eisenbahnen zu verzichten, sobald eine andere befriedigende Lösung ausgearbeitet sei.

Die Europareise des Präsidenten.

Als der Präsident seine Absicht mitteilte, persönlich zur Friedenskonferenz zu gehen, erhoben sich die demokratischen Senatoren und applaudierten stürmisch. Die Republikaner verhielten sich schweigend. Die Verlesung der Botschaft dauerte beinahe ¼ Stunden, worauf Wilson unter lebhaftem Beifall der Demokraten den Saal verließ.

Nach der Verlesung der Botschaft wurden zwei Resolutionen eingebracht. In einer derselben schlug der Republikaner Rodenberg vor, der Kongreß solle erklären, daß Wilsons Reise es ihm unmöglich mache, seinen Pflichten als Präsident nachzukommen. Diese Resolution wurde einer Kommission überwiesen.

Die näheren Mitteilungen Wilsons.

Amsterdam, 3. Dezember. Nach dem jetzt in einer Meldung des Reuterschen Büreaus vorliegenden ausführlichen Text der Botschaft Wilsons sagte dieser unter anderem:

Ein Frieden der internationalen Gerechtigkeit.

Wir wenden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, eines Friedens, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Koterien gesichert und für eine Neuordnung auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriffe, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen, nicht die häusliche Sicherheit.

Unsere Gedanken haben sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und dem fernen Osten beschäftigt und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns jetzt auf ihre Durchführung wartet. Ist es, während wir unsere Beziehungen zu dem Rechte der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich fühlen, erbringen? Ich hoffe, daß die Mitglieder des Senats mit gestatten werden, noch einmal von dem unratifizierten Freundschaftsvertrag mit der Republik Kolumbien zu sprechen. Ich fordere Sie ernstlich auf, in dieser wichtigen Angelegenheit bald günstige Maßregeln zu treffen. Ich glaube, Sie werden mit mir das Gefühl haben, daß die Lage jetzt für eine solche nicht nur berechtigte, sondern auch edelmütige und dem Geiste der neuen Zeit, in die wir so glücklich eingetreten sind, entsprechende Aktion geeignet ist.

Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rückkehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Verlusten des Krieges zu leiden hatten als wir.

Das Freiwerden der Rohstoffe. — Die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers.

In dem Augenblick, wo wir wußten, daß der Waffenstillstand unterzeichnet ist, legten wir die Rüstung zur Seite. Die Rohstoffe, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte, aus Angst, daß für die Industrien, die die Armeen versorgten, nicht genug vorhanden sein würde, sind frei geworden und wieder dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Große Industrieanlagen, deren ganze Erzeugnisse und Maschinen von der Regierung zur Benützung übernommen worden waren, sind wieder für die Zweide frei geworden, denen sie vor dem Kriege dienten. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schifffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Getreidespeichern ernährt werden muß und die Schiffe noch immer dazu benützt werden unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßnahmen werden soviel wie möglich und im Verlaufe der Wochen in immer weitergehendem Maße gemildert werden.

Rasche Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen in Amerika.

Wilson kam sodann auf die zum Zwecke der Kriegsorganisation errichteten neuen Ämter zu sprechen und erklärte: Selbst der Waffenstillstand gesichert war (berücksichtigt auf eine vollständige Unterwerfung des Feindes hinausläuft), war es die Politik der Regierung, die Erfahrungen dieser Körperschaften den Geschäftslenten dieses Landes zur Verfügung zu stellen. Es ist erstaunlich, wie rasch der Prozeß der Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen sich in den drei Wochen seit Beendigung der Feindseligkeiten entwickelt hat.

Wilson sprach sodann über die zu treffenden Maßnahmen, um während der Uebergangszeit einer zu großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

Vorzugsbehandlung für Belgien und Nordfrankreich.

Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte der Präsident: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosen Katastrophen zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Ueberflusse hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können. Belgien und Nordfrankreich dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig werden sollte, irgend einer Stelle, wie z. B. dem Kriegshandelsamt, das Recht zu gewähren, eine Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen einzuräumen.

Die Steuerlasten der Zukunft.

Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues unseres Geschäftslebens ist nichts von größerer Wichtigkeit als eine sofortige Entscheidung über die 1918, 1919 und 1920 zu erhebenden Steuern. Es wäre für das Land verhängnisvoll, bezüglich der Frage der Höhe der Steuern länger, als es notwendig ist, im Ungewissen zu bleiben. Wenn der Krieg fortgesetzt worden wäre, wäre es notwendig gewesen, für das Jahr 1919 mindestens acht Milliarden Dollar an Steuern zu erheben. Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, kann der Betrag auf sechs Milliarden herabgesetzt werden. Eine sofortige rapide Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten.

Ein Großteil der amerikanischen Armee zur Besetzung von Europa bestimmt.

Eine Versorgung unserer Truppen auf der anderen Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Besetzung in Europa bleiben, und für die, die nach Hause zurückgebracht und demobilisiert werden, werden in den folgenden Monaten große Ausgaben gemacht werden müssen.

(Der Schluß der Rede wird, da er uns bis Schluß des Blattes nicht zugekommen ist, im Abendblatte veröffentlicht.)